

# Danziger Zeitung



N 18229

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reiterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

## Telegr. Nachrichten der Danz. Zeitung.

Frankfurt a. M., 6. April. Heute nach Mitternacht brach in dem Etablissement der Frankfurter Bierbrauereigesellschaft vormals Henninger ein großes Feuer aus. Das Subhaus, der Hopfen- und der Malzboden sind abgebrannt. Der durch den Brand verursachte Schaden von ca. 120 000 Mk. ist durch die Versicherung gedeckt; die Kessel sind vollständig erhalten, der Betrieb ist nur theilweise gestört.

Berlin, 7. April. Die heute hier abgehaltene Versammlung von Bergarbeiter-Delegirten, in welcher 40 Sechen vertreten waren, beschloß den strikten Befehl, die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen. Die bisherigen Delegirten sollen, auch wenn sie von den Sechen entlassen sind oder entlassen werden, in ihren Functionen verbleiben. Ferner wurde beschlossen, Arbeitsausschüsse zu bilden und die Wiedereinstellung der entlassenen Delegirten und der anderen Arbeiter zu fordern. Schließlich wurde ein Comité mit Schröder (Dortmund) als Vorsitzenden gewählt und zum Sitz des Comité's Gelsenkirchen bestimmt.

Bern, 7. April. Die gestern in Olten abgehaltene Versammlung von Delegirten des schweizerischen Gewerkschaftsbundes hat den Antrag auf Feier des 1. Mai als Demonstration zu Gunsten des achtstündigen Arbeitstages mit Acclamation angenommen.

Paris, 6. April. Das „Journal officiel“ veröffentlicht die Note über die Blockadeerklärung der Küste von Dahomey.

Lissabon, 6. April. Das Befinden Dom Pedros hat sich weiter gebessert.

London, 7. April. Die Prinzessin von Wales ist leicht erkrankt und konnte gestern Marlborough House nicht verlassen, um sich, wie beabsichtigt, nach ihrem Landsitz Sandringham zu begeben.

London, 7. April. Die „Times“ meldet aus Sansibar, Major Liebert sei am 5. d. M. nach Berlin abgereist.

Rom, 7. April. Eine Division des permanenten Geschwaders unter dem Commando des Viceadmirals Grafen Coerra die Maria wird sich zur Begrüßung des Präsidenten Carnot nach Toulouise begeben.

Madrid, 5. April. Im Senat erklärte der Kriegsminister auf eine Anfrage, der Generalcapitän Capilla führe die Untersuchung in dem Verfahren gegen den General Salcedo. Der Senat sollte sodann die Berathung über die Affäre Sabán fort; im Laufe der Debatte tadelte Campos das Verfahren der Regierung, gab jedoch unter allgemeinem Beifall zu, daß es notwendig sei, die Disziplin zu erhalten.

Madrid, 7. April. Prinz Heinrich von Preußen wird Dienstag hier erwartet und im königlichen Palais absteigen, wo Abends ihm zu Ehren ein Galadiner stattfinden soll. Der Prinz gebietet Mittwochs die Weiterreise nach Sevilla anzutreten.

Lissabon, 7. April. Der Minister der Colonien hat die amtlichen Berichte über die von portugiesischer Seite angestellten Vorarbeiten für den Bau der Jambesi-Eisenbahn von der Küste bis zur Mündung des Schireflusses erhalten.

Belgrad, 7. April. Anlässlich des gestrigen Jahrestages der Befreiung Serbiens haben mehrere Ordensverleihungen stattgefunden. Unter den durch Orden ausgezeichneten befinden sich die russischen Minister v. Giers und Wjshnegradskij.

Athen, 7. April. Das Unabhängigkeitsfest wurde gestern mit den üblichen Feierlichkeiten begangen. In der Metropoli ankam wurde das Telemus gefungen. Abends fand im königlichen Schloß ein Festmahl zu Ehren der Veteranen des Unabhängigkeitskrieges statt. Die Stadt war glänzend erleuchtet und mit Flaggen geschmückt.

Petersburg, 6. April. Wie die „Nowoje Wremja“ erzählt, wird der russische Botschafter in Konstantinopel, Retlow, nach Wien verlegt, während der Director des asiatischen Departements Sinowiew als Botschafter nach Konstantinopel geht; an dessen Stelle tritt der frühere Gesandte in Brasilien Jonin. Ob der dieselbige Botschafter in Berlin Graf Schuwalow den Posten als Verwaltungschef im Kaukasus annimmt, ist noch ungewiß, eintretenden Falls sei für seine Stelle dann Botschafter Lobanow auszuwählen.

Petersburg, 7. April. Der Kaiser befindet sich vollständig wohl, was nochmals gegenüber allen im Auslande verbreiteten Gerüchten wiederholt wird.

Washington, 6. April. Der Senat hat eine Vorlage angenommen, welche die Untersuchung des für den Export bestimmten gefangenen Schweinefleisches und Specks überall da anordnet, wo die Befehle des Bestimmungslandes dies erfordern. Diefelbe Vorlage ermächtigt den Präsidenten, die Suspendirung der Vieheinfuhr zum Schutz gegen Seuchen zu verfügen.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 8. April.

### Die Berufung des Reichstages

Scheint sich mehr zu verzögern, als man anfangs erwartete. Auffallend ist das nicht. An leitender Stelle ein anderer Minister, dazu der Rückstand in der Vorbereitung der Vorlagen. Es soll sich, wie bestimmt versichert wird, als frühesten Termin Donnerstag, der 1. Mai, in Aussicht genommen sein. Bis Pfingsten bleibt dem Reichstage also nicht viel Zeit übrig und nach Pfingsten wird das Arbeiten für ein Parlament immer sehr schwierig. Es kann daher nur dringend gewünscht werden, daß die Regierungen sich bei ihren Vorlagen auf das absolut Nothwendige beschränken. Alles Uebrige mag dann im Herbst in einer frühzeitig zu eröffnenden Session erledigt werden. Dies gilt namentlich von den neuen Militärforde-

rungen und Steuerprojecten. Es hieß sogar, die preussische Regierung denke daran, eine directe Reichsteuer beim Bundesrath vorzuschlagen. Ob bei dieser Nachricht nicht eine Verwechslung mit der Wiederaufnahme der preussischen Steuerreform vorliegt? Auch hierfür wäre es in dieser Session zu spät. Für alle Theile und besonders für die Sache wäre es gut, wenn jede Ueberstürzung vermieden würde. Steuervorlagen müssen sehr reiflich erwogen und geprüft werden. Das würde sich gewiß der Reichstag nicht nehmen lassen, selbst wenn der Bundesrath schneller damit fertig würde. Es könnte nur Verwirrung hervorrufen, wenn man in jetziger Jahreszeit dem Reichstage zumuthen wollte, die volle Arbeit einer ordentlichen Session auf sich zu nehmen. So dringlich werden wohl, abgesehen von der Beamtengehaltsvorlage, welche bestimmt versprochen ist, und von einigen anderen, nicht allzuviel Zeit raubenden Vorlagen, die anderen Dinge nicht sein, daß sie nicht den Aufschub bis zum Monat October vertragen könnten.

Unser Berliner Correspondent schreibt über die Reichstagsarbeiten noch Folgendes: „Die Mittheilung eines Berliner Blattes, daß die dauernden Mehrkosten, welche durch die neue Militärvorlage hervorgerufen werden, sich auf 18 Mill. Mark jährlich belaufen, bedarf zwar noch der Bestätigung, da nach anderen Meldungen endgiltige Beschlüsse über die Vorlage noch nicht gefaßt sind. Immerhin ist auch nach unseren Informationen die Wirkung der in Aussicht genommenen finanziell eine sehr bedeutende, und es ist somit erklärlich, daß die Frage der Deckung für die Mehrausgaben bereits discutirt wird. Vermuthungen, daß es sich um die Wiederaufnahme des Projectes des Tabakmonopols handle, waren in parlamentarischen Kreisen bereits nach der bekannten Besprechung des Fürsten Bismarck mit Windthorst verbreitet. Inzwischen ist auch das Project der völligen Aufhebung der Rübensteuer und einer entsprechenden Erhöhung der durch das Gesetz vom Jahre 1887 eingeführten Verbrauchssteuer von Zucker damit motivirt worden, daß Deckung für etwaige neue Ausgaben beschafft werden soll. Inzwischen wird, wie man hört, der Reichstag in der bevorstehenden außerordentlichen Session mit Steuerprojecten noch nicht beschäftigt werden.“

Wir würden uns freuen, wenn die letztere Nachricht sich bestätigte. So eilig kann die Sache doch nicht sein. Die Regierung würde einen Fehler begehen, an den neuen Reichstag sofort in der ersten Session in so vorgerückter Jahreszeit eine Forderung zu stellen, die er doch nicht erfüllen könnte.

### Die kaiserliche Cabinetsordre über die Offiziere.

Die Veröffentlichung der kaiserlichen Cabinetsordre betr. den Offiziersersatz hat durch die Unbefangtheit und Sachlichkeit des Urtheils in den weitesten Kreisen einen erfreulichen Eindruck gemacht. Durch diese Ordre wird die bisherige Exklusivität, namentlich gewisser Regimenter, wenigstens theilweise beseitigt und dem Luxus im Offiziersstande ganz wesentlich gesteuert werden. Einzelne Fragen, die die Cabinetsordre berührt, sind in früheren Jahren juxta in den Reichstagen von Seiten der Opposition zur Sprache gebracht worden, aber immer unter lebhaftem Widerspruch anderer Parteien und namentlich der Militärverwaltung. Mit um so größerer Genugthuung ist der jetzt eingetretene Wandel zu begrüßen. Wenn von einigen Seiten dem Passus, der von „griffliger Gestalt“ als Vorbedingung für den Offizier handelt, eine confessionelle Deutung in der Weise gegeben worden ist, daß damit der Ausschuß aller Nichtchristen vom Offiziersstande ausgeschlossen sein soll, so theilen wir diese Anschauung nicht, indem es einleuchtend sein dürfte, daß schon der Ausdruck „grifflige Gestalt“ nicht auf ein bestimmtes Glaubensbekenntniß, als vielmehr auf Lauterkeit und Adel der Gesinnung überhaupt abzielt. Zudem ist die Vorurtheilslosigkeit des Monarchen gerade auf diesem Gebiete trotz der Hoffnungen Stöckers und Genossen bekannt genug geworden.

Andererseits ist die Ordre auch für die Behandlung der Presse seitens des neuen Regimes nicht ohne Interesse. Die Cabinetsordre war Sonnabend Nachmittag gleichzeitig dem „Reichsanzeiger“, der „Nordd. Allg. Ztg.“, der „Post“ und der „Nat.-Ztg.“ zugegangen, also neben dem officiellen „Reichsanzeiger“ den bisherigen Cartellblättern. Daß die „Kreuzzeitung“ den Erlaß nicht erhalten hat, dürfte wesentlich dazu beitragen, die Illusionen, mit welchen man sich in diesen Kreisen trägt abzuschwächen. Das Gleiche gilt auch von dem Umstande, daß die großen freisinnigen Blätter nicht berücksichtigt worden sind, die doch, wenn es sich um die rasche Verbreitung der Cabinetsordre handelte und einen anderen Zweck kann die gleichzeitige Veröffentlichung nicht haben, in erster Reihe hätten berücksichtigt werden müssen. Sehr reich ist auch das Uebergehen der „Germania“, die doch so große Hoffnung auf die neue kaiserliche Politik setzt.

Im übrigen hat der kaiserliche Erlaß auch in England Aufmerksamkeit erregt. Die Londoner Zeitungen besprechen die Ordre in überaus günstigem Sinne. Der „Standard“ meint, der Erlaß enthalte eine der populärsten von den vielen vom Kaiser eingeführten Reformen. Nach dem „Daily Telegraph“ hat sich der Kaiser Europa gegenüber als ausgeklügelten Reformator geoffenbart, der eifrig bemüht sei, die Wohlfahrt der Unterthanen zu fördern; er sei vor der Welt erschienen als Friedensstifter, Philanthrop und Freund der Arbeiter; die letzte Ordre zeuge von Wohlwollen gegen die Offiziere und von Gerechtigkeit gegen

die bisher von diesem Stande ausgeschlossenen Klassen.

### Abänderung des Zuckersteuergesetzes.

Auch „Die deutsche Zuckerindustrie“ bespricht soeben an leitender Stelle unter der Chiffre K. (Kiechäe) die wahrscheinlich bevorstehende Abänderung des Zuckersteuergesetzes vom 9. Juli 1887. Sie bestreift, daß in Wirklichkeit gegenwärtig Verhandlungen über eine Abänderung des Zuckersteuergesetzes stattfinden, welche ebenso wie die Londoner Convention die Befreiung der Materialsteuer bezwecken, oder vielmehr die Befreiung der mit der Materialsteuer verbundenen Ausfuhrprämien. Diese Verhandlungen fänden ihren Ursprung aber keinesfalls in jener Convention, sie knüpfen vielmehr an die vorausichtlich notwendig werdende Vermehrung der Einnahmen des Reichs. Unter solchen Umständen lag der Gedanke, aus dem tiefen Brunnen der Zuckersteuer zu schöpfen, um so näher, als öfnehin der preussische Finanzminister mit besonderer Vorliebe seinen Antheil von den Gewinnen des Gomerfleisches zu nehmen beabsichtigt ist. Für die einheimische Zuckerindustrie ergäbe sich die Sachlage hiernach zu einer überaus ernsten. Der Widerstand gegen die Zuckersteuer sei zwar durchaus berechtigt; aber es sei sonnenklar, daß dieser Widerstand bei den gesetzgebenden Factoren weniger Berücksichtigung finden werde, wenn im Hinblick auf die Bedürfnisse des Reichs eine Zwangslage geschaffen ist, welche von der Frage gänzlich abseht, ob die Einnahmen zu vermehren sind, sondern welche lediglich darauf zu antworten bedingt, auf welche Steuerpflichtigen die Bürde gelegt werden soll. Nebenbei werde es im Reichstage auch nicht an der landläufigen Rebersart von den „Zuckerbaronen“ u. s. w. fehlen. Und was lasse sich antworten, wenn dort darauf hingewiesen wird, daß noch bis in die neueste Zeit die Zahl der Zuckerraffinerien sich vermehrt hat, obwohl die Preise des Zuckers wenig verlockend waren und die Aufhebung der Materialsteuer in absehbarer Zeit zu erwarten stand. Auch für den mit dem Zustand der Industrie Vertrauten seien diese neuen Erfindungen ein Räthsel, welches um so schwerer lösbar sei, als die örtlichen Verhältnisse dieser neuen Fabriken keineswegs immer als besonders günstige erschienen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit lasse sich annehmen, daß der Termin, an welchem die neue Ordnung der Dinge in Kraft treten soll, nicht vor dem Beginn der Campaigne 1891/92, also nicht vor dem 1. August 1891 festgestellt werden wird. Der Verfasser bemerkt jedoch, daß dies ohne Uebergangzeit, ohne schwere Einbußen möglich sein wird, und legt den gesetzgebenden Gewalten des Reichs die Erwägung nahe, ob nicht nach Aufhebung der Materialsteuer für einige Jahre eine offene feste Ausfuhrprämie zu gewähren und dadurch der Uebergang in die neue Zeit zu erleichtern wäre. Sodann werden noch zwei andere Maßregeln als nothwendige Folgen einer Aenderung der Besteuerung aufgestellt. Einmal die gleichzeitige Besteuerung der Oshosen und der flüssigen Süßstoffe, der Safffabriken. Dies liege auch im Interesse der Regierung, besonders wenn der Satz der Verbrauchsabgabe so außerordentlich hoch gegriffen wird, wie man jetzt sagt. Bei einem Satze von 20 Mk. komme doch sehr in Betracht, ob nicht ein Ausschlag von 80 bis 100 Proc. auf den Verbrauch nachtheilig wirken möchte. Die zweite Forderung besteht in einer wesentlichen Vereinfachung der steuerlichen Controle. Die Erfahrung lehre, daß selbst die wohlwollenden Bestimmungen des Bundesrathes zur Ausführung des Gesetzes vom 9. Juli 1887 in Preußen zu peinlichen Beschränkungen geführt haben und daß der jetzige Finanzminister wenig geneigt ist, im Betriebe der überwachenden Fabriken freie Bewegung ohne Gebührenerhebung zu gewähren.

Man sieht, Herr v. Schönl hat auch in den Kreisen der Zuckerindustrie wenig Freunde.

### Ueber ein Gespräch des Kaisers mit einem englischen Delegirten

zu der Arbeiterconferenz (Dr. Burt?) findet sich in einem englischen Blatte folgender Bericht: Der Kaiser fragte: „Führen nicht Ihre Trades-Unions oft zu Contractbrüchen und zu Auffständen?“ Die Antwort lautete: „So lange wir in England Gesetze gegen die Coalitionsfreiheit hatten, gab es freilich viele Contractbrüche und viel Aufruhr, aber wir haben ein ganz vorzügliches Heilmittel für diese Uebel in der Freiheit gefunden. Jetzt, wo die Arbeiter vollständige Coalitionsfreiheit besitzen, sind diese Uebel so gut wie ganz verschwunden.“ Was konnte der Kaiser darauf antworten, als: „Das ist ja sehr erfreulich!“ — Inzwischen bemüht sich die frühere officiöse Presse so zu sagen aus alter Gewohnheit immer neue Strafbestimmungen gegen Verleitung, Nöthigung zum Strike, Berrufserklärung u. s. w. zu erfinden!

### Die Postdampferlinie nach Ostafrika.

Die Verhandlungen, welche in den letzten Wochen zwischen den Commissaren der Reichsbehörden und den beteiligten Rhedern wegen der neuen Postdampferlinie nach Ostafrika geführt worden sind, haben ein durchweg befriedigendes Ergebniß gehabt. Die „Allg. Ztg.“ meldet darüber: Schon in den nächsten Tagen dürfte der Zuschlag zu Gunsten der Woermann-Linie endgiltig ertheilt werden. Die Hauptlinie wird allmonatlich einmal mit vier großen neuen, in Deutschland erbauten Postdampfern besetzt werden. Von Hamburg aus wird ein holländischer Hafen, dann Lissabon, Reapel, Port Said, Aden, Sansibar, Dar-es-Salaam und Mozambique angelaufen und die Fahrt in

der Delagoa-Bai ihr Ende finden. Sehr wichtig ist, daß nicht bloß Sansibar, sondern auch ein Hafen des deutsch-afrikanischen Festlandes angelaufen werden muß. Sollte die Entwicklung unserer dortigen Colonien mit der Zeit auch nach das Anlaufen eines weiteren Hafens wünschenswerth machen, so läßt sich das auf Grund der Vertragsbedingungen leicht verwirklichen. Von Sansibar aus werden zwei Zweiglinien für die Küstenschiffahrt eingerichtet werden, die eine, welche allmonatlich zwei Mal fahren soll, nach Norden, die andere, ein Mal monatlich, nach Süden. Der Beginn der regelmäßigen Fahrten ist für den Monat März nächsten Jahres festgesetzt, aber schon vom Juli dieses Jahres an wird ein vorläufiger Dienst von Hamburg aus beginnen, und zwar zunächst, bis alle neuen Schiffe eingekauft sein können, alle zwei Monate eine Ausfahrt.

### Mandara.

Eine merkwürdige Nachricht bringt der Telegraph aus Sansibar. Darnach ist Lieutenant a. D. Ehlers von seiner bereits erwähnten erfolgreichen Reise zum „Sultan“ Mandara von Moshi nach Mombas zurückgekehrt. „Nachdem derselbe“, heißt es in der betreffenden Meldung der „Times“ weiter, „dem Häuptling Mandara die Geschenke des Kaisers Wilhelm übergeben hatte, wurde der Häuptling von den Deutschen zum Herrscher von Dschagga am Allmandscharo ernannt.“ — Diese Meldung ist in der vorliegenden Form offenbar nicht zutreffend. Mandara ist der Herrscher über ein „Reich“ von ungefähr einer Quadratmeile Größe und hat bisher stets mit seinen Nachbarn im Ariege gelegen, weil sich dieselben freiwillig von dem hab- und herrschlichen Häuptling weder beherrschen noch gutwillig ausplündern lassen wollen. Bisher stellte er an die europäischen Reisenden, die ihn besuchten, so an den Engländer Johnston, der mehrere Monate bei ihm verweilte, stets das Verlangen, ihm ein oder ein paar Geschenke zu liefern, damit er seine Nachbarn und Gegner um so besser unterwerfen könne. Wenn er nun durch Ehlers zum „Herrscher von Dschagga ernannt“ worden wäre, so würde das eine weitgehende Parteinahme der Deutschen für den Häuptling involviren, die einen eigenartigen Anstrich besitzt. Die dortige Gegend gehört zwar zur deutschen Interessensphäre, weiser aber auch nichts, und woher will man die Berechtigung nehmen, den Häuptling zum Herrscher über Gebiete zu ernennen, die den Deutschen gar nicht gehören? Die Völkerschaften, die so lange erfolgreich sich Mandaras erwehrt haben, werden schwerlich gewillt sein, sich der neuen Ordnung der Dinge zu fügen. Sie werden ihren Haß gegen Mandara auch auf die Deutschen ausdehnen, deren Beliebigkeit durch dieses Vorgehen unmöglich gewinnen kann, und das wäre doppelt bedauerlich in einer Gegend, welche die beste und für europäische Ansiedlungen geeignetste von ganz Ostafrika ist.

### Frankreich und Dahomey.

Der französische Cabinetsrath hat bezüglich Dahomeys beschlossen, daß in Abwesenheit des nach Frankreich berufenen Gouverneurs Bapoll die behördliche Gewalt in den Flüssen des Südens von dem Capitän des Schiffes „Fournier“, der von dem Residenten in Porto Novo und dem Oberlieutenant Terrillon unterstützt werden solle, ausgeübt werde. Die Einfuhr von Waffen auf der Salauenküste soll durch einen französischen südalantischen Kreuzer, der um 2 Schiffe verstärkt wird, verhindert werden.

### Das Ende der Rothhosen.

Den Franzosen ist eine neue, unvorhergesehene Nothwendigkeit außerordentlicher Militärauslagen entstanden. Die Rothhosen müssen aus dem Heere und aus der Geschichte verschwinden, wie der metallene Glanz und ähnliche Auszeichnungen von den Uniformen verschwinden müssen. Die großen Färbereien in Lyon u. s. w. werden unverzüglich mit dem Umfärben der Hosen u. s. w. beauftragt werden. Dieses unerwartete Ereigniß, das auf die öffentliche Meinung den Eindruck einer Revolution hervorbringt, ist das Ergebniß der jüngsten Vorpostenmanöver mit rauchlosem Pulver und dem Cebel-Gewehr. Auf dem Manöverfelde oder dem Schlachtfelde glaubte man sich in die Kriegszeit vor der Erfindung des Pulvers zurückversetzt, jedoch mit dem Unterschied, daß die Truppen in Folge des Pulvers über eine so fürchterliche Vernichtungsmechanik verfügen, daß ein directer Angriff schier unmöglich wird, so lange der Gegner nicht vollständig demoralisirt ist. Die Anfang dieses Monats abgehaltenen Manöver brachten auf das Publikum den fast unheimlichen Eindruck hervor, man befinde sich in voller Unkenntniß der Umstände und Bedingungen, unter welchen die nächsten Schlachten sich entspinnen und verlaufen werden. Es wurde auf dem Manöverfelde die doppelte Nothwendigkeit anerkannt: die Uniformirung des Heeres umzuwandeln und zu dem erfundenen Pulver und zu der neuen Vernichtungsmechanik eine ihnen angepaßte Taktik und Kriegskunst ohne Aufschub ebenfalls zu erfinden. Der General Gassler und die ihn begleitenden Generale, Ingenieure, Mechaniker und Chemiker schienen von den gemachten Proben und Erfahrungen überaus befreudigt zu sein. Das Manöver schien ihren Berechnungen und Erwartungen vollkommen entsprochen zu haben. Im großen Publikum hat es den Glauben an die Erhaltung des Friedens gefährdet.

Neben dem Epochenmachen der Arbeiterbewegung, womit das Jahrhundert zu Ende geht, scheint









